



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Sitzungswoche stand einmal mehr die Energiewende auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Es war eine gute Gelegenheit, der Bundesregierung ihre Fehler vorzuführen. Denn beim besagten Thema ist sie, wie Sigmar Gabriel anmerkte, ein Totalausfall. Steigende Strompreise und mangelnde Versorgungssicherheit gehen auf das Konto von Wirtschaftsminister Rösler, der sich nicht einmal mit seinem Kabinettskollegen, Umweltminister Altmaier, einig ist, wie man dieses Projekt richtig steuert. Der schleppende Bau nötiger Stromtrassen liegt an ihm. Dabei bietet die Energiewende echte Chancen für die Industrie. Wir wollen eine Deutsche Netz AG, in der die vier großen Netzbetreiber zusammengefasst und vom Bund unterstützt werden.

Große Sorgen macht uns die Entwicklung in Ungarn, wo die Demokratie schleichend ausgehöhlt wird. Kanzlerin Merkel muss dem entschieden entgegenreten und darf sich nicht raushalten, wie es üblicherweise ihre Art ist. Doch sie veranstaltet lieber einen Gipfel nach dem anderen. Gerade fand ein Energiegipfel statt, dann ein sinnloser Familiengipfel, nun soll bald wieder ein Demografiegipfel folgen. Wie wäre es damit, wenn sie endlich mal handeln würde statt zu gipfeln?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche einen neuen Antrag aus unserem Programm Deutschland 2020 ins Parlament eingebracht. Darin geht es vor allem um eine Unterstützung der deutschen Wirtschaft, des Mittelstands. Zentraler Punkt ist dabei die Verbesserung der Infrastruktur; dazu gehört neben dem Ausbau von Straßen und Bahnnetzen auch die komplette Versorgung mit leistungsfähigerem Internet.

Außerdem werden wir so schnell wie möglich eine Initiative mit dem Ziel einbringen, Managergehälter wirksam zu begrenzen. Die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern und Bonussen muss neu geregelt werden. Erst dann ist es im Interesse der Eigentümer, exorbitante Vergütungen zu limitieren.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

Weitere wichtige Themen in der vergangenen Sitzungswoche waren die Forderung einer gesetzlichen Befürwortung der Eheschließung auch bei homosexuellen Paaren sowie die deutliche Erhöhung der Renten für Contergan-Geschädigte.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [Topthema: Bundesregierung ist Totalausfall bei der Energiewende](#)
- 05 [Familie und Soziales: Das Gesetz darf kein Eehindernis für Homosexuelle sein](#)
- 06 [Aktuelle Stunde: In Ungarn werden Rechtsstaat und Demokratie beschädigt](#)
- 07 [Eine starke Wirtschaft: Deutschland 2020](#)
- 09 [Contergan-Renten werden deutlich erhöht](#)
- 10 [Finanzen: Managergehälter limitieren](#)
- 12 [Fraktion: Gerhard Schröder besucht Fraktionssitzung](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

TOP-THEMA

Bundesregierung ist Totalausfall bei der Energiewende

In seiner Regierungserklärung am 14. März lieferte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eine Analyse der Missstände bei der Energiewende, für die er und sein Vorgänger Rainer Brüderle (FDP) seit mehr als drei Jahren selbst verantwortlich sind. Egal, ob es um die Abstimmung mit den Bundesländern und Kommunen oder den Netzausbau geht: Schwarz-Gelb bringt die Energiewende zum Stocken. Sigmar Gabriel sprach von einer „Regierungserklärung zum Versagen der eigenen Regierungsarbeit“. Den Schwarzen Peter versuche Rösler anderen in die Schuhe zu schieben. Die Bundesregierung leiste weder Management noch Koordination bei der Energiewende und treffe keine Entscheidungen.

Das Energieleitungsausbaugesetz, das noch während der Großen Koalition 2009 verabschiedet wurde, benennt den Bedarf für die wichtigsten Stromtrassen in Deutschland. Doch davon hat die schwarz-gelbe Bundesregierung bisher nur zwölf Prozent realisiert. Das entspricht 214 von 1834 km. Keines der damals definierten Pilotprojekte für die Erdverkabelung in der Gleichstromtechnik, mit dem der Strom vom Norden in den Süden transportiert werden soll, ist bislang realisiert worden. 16 von 24 Vorhaben im Bereich des Netzausbaus haben mittlerweile einen Zeitverzug zwischen ein und sieben Jahren. Wenn die Regierung in diesem Tempo weitermache, werde die Energiewende tatsächlich zum Jahrhundertprojekt, sagte Gabriel. Er hielt Schwarz-Gelb vor, mit ihrem weiteren Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus einen Plan vorzulegen, von dem die Regierung wisse, dass „er nie und nimmer realisiert“ werde. Die vorgesehenen 2800 km an neuen Leitungen würden im bisherigen Schneckentempo nicht bis 2022, sondern frühestens bis 2060 gebaut.

Der SPD-Vorsitzende warf Rösler und seinen Kabinettskollegen vor, dass Vieles von den Planungen aus dem Jahr 2009 hätte umgesetzt werden können, wenn Schwarz-Gelb beim rot-grünen Atomausstieg geblieben wäre. Erst habe die Regierung die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die Union und FDP den Energiekonzernen versprochen hätten, beschlossen, um dann ein Jahr später wieder aus der Atomenergie auszusteigen. „Wo stehen eigentlich im Haushalt die 15 Milliarden für die Regressforderungen der vier großen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

Energiekonzerne?“, fragte Gabriel. Die Zeche für die damalige Kumpanei mit den Energiekonzernen koste jetzt das Geld der Steuerzahler.

Diese Bundesregierung sei der Totalausfall bei der Energiewende, wenn es um Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise gehe. So verhindere Schwarz-Gelb Maßnahmen der Energieeffizienz, die Stromkunden helfen würden zu sparen, und bremse auf EU-Ebene. Mit der so genannten Strompreisbremse kämen Wirtschafts- und Umweltminister kurz vor Torschluss. Die damit verbundenen Maßnahmen gefährdeten die Investitionssicherheit und die stromintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb, weil sie jetzt höhere Strompreise zahlen sollten. Keine der Maßnahmen der Bundesregierung werde länger als bis zum Wahlabend halten. Gabriel warf der Regierung vor, über die steigenden Strompreise zu jammern, die dem Bund bis zu 1 Milliarde Euro zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen brächten, anstatt den Verbraucherinnen und Verbrauchern aus den Mehreinnahmen etwas zurückzugeben. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt dazu für den Grundverbrauch eine Stromsteuerbefreiung für private Haushalte vor.

Netzausbau bürgerfreundlich und zukunftssicher gestalten

Wir von der SPD-Bundestagsfraktion fordern die Bundesregierung in unserem Antrag (Drucksache 17/12681) auf, den Netzausbau bürgerfreundlicher und zukunftssicher zu gestalten. Um den bisher stockenden Netzausbau voranzubringen, sollen die vier großen Übertragungsnetzbetreiber in einer Deutschen Netz AG zusammengefasst werden. Der Bund soll diese mitfinanzieren und mitentscheiden, um für den Investitionsbedarf von 30 Milliarden Euro bis 2030 die Steuerung, die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine solidarische Finanzierung sicherzustellen. Nach dem Prinzip Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau (NOVA-Prinzip) soll der Trassenbedarf zunächst auf eine alternative Verstärkung bzw. Umrüstung der bestehenden Leitungen geprüft werden. Beides soll Priorität vor dem Neubau haben. Die Option der Erdverkabelung sei bei allen HGÜ-Leitungen (elektrischen Energieübertragung mit hoher Gleichspannung) vorzusehen, so dass die Technik nicht nur bei den geplanten Pilotprojekten zum Einsatz kommt. Außerdem sollen Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen zu Energieleitungen beteiligt werden.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

RECHTSPOLITIK

Das Gesetz darf kein Ehehindernis für Homosexuelle sein

An vergangenen Donnerstag haben die Fraktionen der Sozialdemokraten und Grünen einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Bundestag eingebracht. Die Initiative sieht vor, dass durch eine Ergänzung im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen. Damit unternimmt unsere SPD einen weiteren Versuch, die Gleichstellung aller Mitglieder der Gesellschaft im Grundgesetz zu verankern. Die Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften bleiben von dieser gesetzlichen Neuregelung unberührt.

Homosexuelle Partnerschaften werden trotz der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft von 2001 noch immer stark benachteiligt – vor allem im Steuer- und Adoptivrecht. "Wie kann es sein, dass Lebenspartnerschaften vom Ehegatten-Splitting nicht profitieren, obwohl doch die gleichen Rechten und Pflichten zur Ehe bestehen?", fragte Sonja Steffen in der Debatte am Donnerstag. Johannes Kahrs ergänzte: "Keiner möchte der Mehrheit der Menschen etwas wegnehmen, auch wenn wir Schwulen und Lesben die gleichen Rechte geben. Es muss in diesem Lande jeder leben können, wie er will. Und wenn er heiraten möchte, dann muss er das tun können." Lesbischen oder schwulen Paaren werden noch immer Steine bei der gemeinsamen Adoption von Kindern in den Weg gelegt. Doch: Die Eingehung einer Ehe und die Begründung einer Lebenspartnerschaft werden von den Menschen unterschiedslos als „heiraten“ bezeichnet. Man macht auch keinen Unterschied mehr zwischen „verheiratet“ und „verpartnert“, sondern spricht unterschiedslos bei Ehegatten und bei Lebenspartnern davon, dass sie „verheiratet“ sind. Die Bevölkerung geht wie selbstverständlich davon aus, dass Ehegatten und Lebenspartner dieselben Pflichten und Rechte haben, obwohl das tatsächlich nur für die Pflichten zutrifft.

Regenbogenfamilien sind heute keine Ausnahmen mehr. Eine Hochzeit, die zuvorderst ein Symbol der Liebe ist, muss für alle Paare möglich sein – ob hetero- oder homosexuell. Zumal für das heranwachsende Kind Liebe, Zuneigung und Zärtlichkeit der wichtigste Aspekt für das Gefühl von Geborgenheit in der Familie ist. In einer demokratischen Gesellschaft,

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

geprägt von Toleranz und Respekt wie der deutschen, müssen deshalb auch die rechtlichen Voraussetzungen für eine gesetzliche Gleichstellung von Homosexuellen geschaffen werden. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare entfällt der Bedarf, das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft weiter für Neueintragungen offen zu halten – auch angesichts dessen, dass es bislang zwar die gleichen Pflichten wie die Ehe beinhaltet, aber eben nicht die vollen Rechte. Deshalb wird die Neueintragung der Lebenspartnerschaft dem Gesetzentwurf (Drucksache 17/12677) nach nicht mehr möglich sein. Die schon eingetragenen Lebenspartnerschaften werden natürlich weiter bestehen, es sei denn, die Lebenspartnerinnen bzw. -partner wollen sie in eine Ehe umwandeln.

AKTUELLE STUNDE

In Ungarn werden Rechtsstaat und Demokratie beschädigt

Am 14. März fand auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion eine Aktuelle Stunde zum Standpunkt der Bundesregierung zu den Verfassungsänderungen in Ungarn im Hinblick auf die Einhaltung der europäischen Grundwerte statt. Deutschland habe Ungarn im Zusammenhang mit der deutschen Einheit viel zu verdanken, sagte unser SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Aber Deutschland dürfe zu den politischen Fehlentwicklungen in Ungarn nicht schweigen: „Das verlangt Position! Da gilt kein Wegdrücken“, forderte er.

Einen Tag vor der Bundestagsdebatte hatte das ungarische Parlament die vierte Verfassungsreform innerhalb von zwei Jahren beschlossen. „Mit jeder Reform machen sich Ministerpräsident Victor Orban und die konservative Fidesz den ungarischen Staat mehr und mehr zur Beute“, sagte Steinmeier. Rechtsstaat und Demokratie würden immer weiter beschädigt, und jeder, der sich diesem Kurs entgegenstelle, werde abgestraft. So sieht die Verfassungsnovelle unter anderem vor, dass künftig nur noch staatliche Medien über Wahlkämpfe berichten dürfen. Das Verfassungsgericht darf die von einer Zweidrittelmehrheit im Parlament beschlossenen Verfassungsänderungen nicht mehr prüfen. Es wurde damit seiner Kompetenzen beraubt und als Verfassungshüter entmachtet. Zudem wurden in der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

Vergangenheit Richter und Staatsanwälte entlassen und durch Fidesz-Gefolgsleute ersetzt. Die unabhängigen Medien werden durch ein undemokratisches Mediengesetz unter Druck gesetzt, mit Lizenzentzug bedroht und mit bürokratischen Schikanen belegt. Auch das Wahlrecht wurde zugunsten der Fidesz-Partei zurechtgebogen, und die Religionsfreiheit wird abhängig gemacht von der Regimetreue. „Das sind keine Anpassungen, das ist Raubbau an Demokratie und Rechtsstaat!“, stellte Steinmeier fest.

All das werde von einem „dumpfen, völkischen Nationalismus“ begleitet, der nicht nur am äußersten rechten Rand gepflegt werde, sondern immer offener auch in der Partei des ungarischen Ministerpräsidenten. Die europäischen Grundwerte dürften nicht mitten in der EU missachtet und verletzt werden, sagte Steinmeier. Er forderte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) auf, beim EU-Gipfel in Brüssel auf eine Verurteilung der jüngsten Beschlüsse des ungarischen Parlaments hinzuwirken.

WIRTSCHAFT

Eine starke Wirtschaft: Deutschland 2020

Wir von der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten daran, dass Deutschland erfolgreich bleibt. Die derzeitige Kraft der deutschen Wirtschaft kam nicht über Nacht. Die Reform von Gerhard Schröder habe dazu beigetragen, dass Deutschland vor der Krise 2008 besser aufgestellt war als andere Volkswirtschaften in Europa, sagte unser SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil am Donnerstag im Deutschen Bundestag. „Ein wesentlicher Grund, dass Deutschland besser durch die Krise gekommen ist, ist die Tatsache, dass wir nach wie vor eine Industrienation sind“, so Heil. Der deutsche Erfolg gründet auf der industriellen Basis, dem Mittelstand, hervorragenden Fachkräften oder dem produzierenden Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen. Er könne sich noch an einen FDP-Vorschlag vor zehn Jahren erinnern, dass die Zukunft in Finanzdienstleistungen liege. „Wir sind Gott sei Dank diesen Weg nicht gegangen, sondern wir haben unsere industrielle Basis erhalten und erneuert“, sagte Heil vor den Abgeordneten.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

„Wir müssen etwas tun, damit wir ein erfolgreiches Wirtschaftsland bleiben“, forderte er und warf der schwarz-gelben Regierung vor, dass sie sich auf guter Konjunktur, mutigen Entscheidungen von Vorgängerregierungen und auf den industriellen Fortschritt von Unternehmen ausgeruht hat. Heil weiter: „Wir sind in Gefahr, den Vorsprung, den wir uns erarbeitet haben, wieder zu verlieren.“ Um Wachstum und die starken Exportzahlen nachhaltig für die deutsche Industrie zu gewährleisten, müsse vermehrt in die Infrastruktur der Bundesrepublik investiert werden. Nur mit einer ausgebauten Kommunikationsinfrastruktur, intelligenten Energienetzen und modernen Verkehrswegen könne der Wohlstand beibehalten und soziale Gerechtigkeit garantiert werden, wie es in dem Antrag unserer SPD-Fraktion an die Bundesregierung steht. Hubertus Heil dazu: „Wirtschaftserfolg und soziale Gerechtigkeit sind für uns Sozialdemokraten keine Gegensätze, die sich ausschließen.“

Die Bundesregierung ducke sich laut Heil vor vier großen Herausforderungen der Gegenwart weg: die veränderte Altersstruktur und die Folgen für den Arbeitsmarkt, die Internationalisierung und die Regeln auf den internationalen Finanzmärkten, der technische und wissenschaftliche Fortschritt. „Die wichtigste Frage neben dem demographischen Wandel ist, wie wir mit Ressourcenknappheit und erneuerbaren Energien umgehen“, zählte der Fraktionsvize auf. Wir von der SPD-Fraktion fordern in unserem Antrag, dass die gute wirtschaftliche und lebenswirkliche Situation mit Investitionen in die Infrastruktur erhalten und verbessert werden muss. Dazu gehören unter anderem die Gewährleistung eines schnellen Internetzugangs, die Sanierung von Straßen, Fortschritt in der Energiewende. Der Umbau der Energieversorgung ist eines der größten Infrastrukturprojekte Deutschlands.

Vor der Umsetzung der Pläne zum Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur Deutschlands sollen alle Bürger beteiligt werden. Das hatte unsere SPD-Fraktion bereits in einem früheren Antrag („Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Gemeinsam Zukunft planen – Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen“) von der Bundesregierung gefordert.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

FAMILIENPOLITIK

Contergan-Renten werden deutlich erhöht

Die Lebenssituation der contergangeschädigten Menschen ist heute durch die sehr schmerzhaften Auswirkungen ihrer Behinderung mit Folge- und Spätschäden geprägt. Die Verluste von Fähigkeiten und Fertigkeiten haben sich in den letzten Jahren stark beschleunigt. Die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg im Auftrag des Deutschen Bundestages durchführte, zeigten, dass eine angemessene und zukunftsorientierte Unterstützung für älter werdende Betroffene sicherzustellen ist.

Der gemeinsame Entwurf zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP (Drucksache 17/12678) setzt die Handlungsempfehlungen aus dem Forschungsprojekt um. Dazu wird der Höchstsatz der monatlichen Renten für contergangeschädigte Menschen rückwirkend ab 1. Januar 2013 von derzeit 1152 Euro auf 6912 Euro erhöht. Dafür stellt der Bund 120 Millionen Euro bereit. Dazu kommen weitere Bundesmittel in Höhe von 30 Millionen Euro jährlich zur Deckung spezifischer Bedarfe der Betroffenen. Darüber hinaus regelt der Gesetzentwurf, dass auch alle Leistungen ausländischer Staaten an contergangeschädigte Menschen künftig auf Leistungen der Conterganstiftung – mit Ausnahme der jährlichen Sonderzahlungen – angerechnet werden. Rund zehn Prozent der 2700 Leistungsberechtigten leben derzeit im Ausland. Zudem sollen Unterhaltsansprüche contergangeschädigter Menschen gegen nahe Angehörige im Bedarfsfall nicht auf den Träger der Sozialhilfe übergehen.

„Auch wenn wir den Gesetzentwurf in seiner Zielrichtung einer deutlichen Erhöhung der monatlichen Conterganrenten entsprechend einvernehmlich mittragen, gibt es noch Klärungsbedarf zur Ausgestaltung einzelner Regelungen im Gesetz“, erklärten die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion, Marlene Rupprecht, und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellung, Christel Humme. Daher wird es im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens auch noch ein Fachgespräch im Ausschuss geben. Ziel



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

muss eine dauerhafte und verlässliche Lösung für die Betroffenen in allen durch das Gesetz zu regelnden Bereichen sein.

FINANZEN

Managergehälter limitieren

Die Schweiz hat per Volksabstimmung rigide Regeln zur Bezahlung von Managern beschlossen. Die Initiative zielt darauf ab, Exzesse bei Boni, Abfindungen und Gehältern zu unterbinden und die Rechte von Kleinaktionären zu stärken. Über die Höhe von Managervergütungen sollen die Aktionäre künftig jährlich entscheiden. Sondervergütungen wie Abgangsabfindungen oder Begrüßungsgelder für Spitzenmanager in Millionenhöhe sollen gänzlich verboten werden. Wir von der SPD-Fraktion fordern ähnliche Regelungen auch für andere EU-Länder. Denn es ist unübersehbar, dass in diesem Land, ja gar weltweit etwas aus dem Lot geraten ist: Soziale Ungerechtigkeit frisst sich ungehindert Bahn. Während die Ärmeren im Land immer ärmer werden, ist inzwischen auch die Mittelschicht bedroht und muss allenthalben herhalten für Bankenrettungen und Inkompetenz von Spitzenmanagern.

„Auch wir haben Exzesse“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil dem Fernsehsender Phoenix. „Deshalb müssen wir eine Debatte über die Angemessenheit von Managergehältern führen.“ Dabei müsse die Frage beantwortet werden, ob es „richtig sein kann, dass der eine mehr als 100 mal so viel verdient wie der andere“, fügte Heil hinzu. Unser SPD-Fraktionsvize Joachim Poß stellt dazu fest: „Der Volksentscheid ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um der Abzockerei im Management auch andernorts zu begegnen“. Poß empfindet das Schweizer Resultat als „Ermutigung für die Einführung der europäischen Richtlinie“. Bonuszahlungen sollten Poß zufolge zum Beispiel nicht höher sein als das Grundgehalt. Eine ähnliche Regelung hatte auch die EU-Kommission unlängst vorgeschlagen. Zwar lasse sich das Schweizer Modell nicht eins zu eins auf Deutschland übertragen, glaubt Poß, die Menschen aber akzeptierten das „perverse Boni-System“ bei den Banken nicht mehr, und auch nicht mehr in der Realwirtschaft.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

Die SPD verlangt seit Langem, die Vergütung von Vorständen und die steuerliche Absetzbarkeit von deren Gehältern gesetzlich zu limitieren. Dass sie damit im Gefühl der Menschen richtig liegt, untermauern schon aktuelle Umfragen, die zeigen, dass das Volk sich auch in Deutschland ähnliche Regeln wie in der Schweiz wünscht. Joachim Poß: „Es ist lächerlich, übersteigerte Managergehälter mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen. Viel zu oft haben die mit hohen Gehältern angelockten Manager gezeigt, dass sie ihr Geld bei Weitem nicht wert sind.“

2009 hatten wir von der SPD Vorschläge zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Höchstvergütungen gemacht, die an der CDU/CSU scheiterten; sie stehen noch immer auf der Tagesordnung. So wollen wir, gewinnen wir die Bundestagswahl, die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern, Boni und Abfindungen als Betriebsausgaben begrenzen. Außerdem wollen wir Unternehmensleitungen explizit und stärker als bisher auf die Interessen der Anteilseigner, Mitarbeiter und das Wohl der Allgemeinheit verpflichten. Es gilt jetzt für die Bundesregierung, die auf EU-Ebene erzielte Einigung über Bankerboni noch vor der Bundestagswahl umzusetzen. Allerdings: Umfassende spezifische und verbindliche gesetzliche Obergrenzen für Gehälter werden sich in Deutschland wegen des hohen Rangs der Vertragsfreiheit nicht realisieren lassen.

FRAKTION

Gerhard Schröder besucht Fraktionssitzung

Im November 2005 war Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder zuletzt in der Fraktion unserer SPD im Deutschen Bundestag gewesen. Zum zehnten Jahrestag seines Nein zum Irak-Krieg kam der Altkanzler nun wieder ins Reichstagsgebäude und nahm sich mehr als eine Stunde Zeit, um über seine damalige Haltung gegenüber US-Präsident Bush zu sprechen, vor allem aber auch darüber, welche Folgen das deutsche Nein zum Irak-Krieg hatte. Ferner betonte er die Dringlichkeit, Europa weiterzuentwickeln: „Es geht hier um die gesamte europäische Stabilität“. Die EU brauche einen politischen Rahmen, sie müsse zur politischen Union werden. Zur Agenda 2010 bemerkte Schröder, dass es Deutschland ohne die damalige

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe V/2013 – 18.03.2013)

Arbeitsmarktreformen heute längst nicht so gut gehen würde, das Land eher an der Seite von Italien oder Spanien stünde. Und dass es FDP und Union waren, denen die Reformen seinerzeit nicht weit genug gingen. Es sei viel Heuchelei im Spiel, wenn sich die heutige Bundesregierung über die Agenda 2010 äußere. Fotos vom Schröder-Besuch sind auf <http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion> zu finden.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de